

18. November 2010

Beirat beschließt Betriebspläne für Erkundung von Kohlendioxidendlagern auszusetzen

Der Beirat zur Erkundung von Kohlendioxidendlagern in Ostbrandenburg hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Haupt- und den Sonderbetriebsplan für die geplanten Probebohrungen und seismischen Untersuchungen auszusetzen.

In der Anhörung der Experten Dr. Ralf Krupp und Prof. Dr. Frieder Häfner wurde deutlich, dass die geplante Erkundung mit erheblichen Risiken behaftet ist. Der von Wirtschaftsminister Christoffers berufene Erkundungsbeirat kam zu der Überzeugung, dass eine Gefährdung für Mensch und Natur durch die derzeitigen Erkundungsmethoden nicht ausgeschlossen werden kann. Die geplanten Methoden wurden als ungeeignet betrachtet.

Daher hat der regionale Beirat zur Begleitung der geologischen Erkundung in Ostbrandenburg gestern in Wünsdorf-Waldstadt bei Zossen das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) aufgefordert, alle Verfahrensschritte im Sonderbetriebsplan für die Erkundung der CO₂-Endlager auszusetzen. Außerdem wurde die Erwartung geäußert, dass Vattenfall die gutachterlichen Vorschläge in den Sonderbetriebsplan für die seismischen Untersuchungen und die Probebohrungen einarbeitet. Das LBGR wurde aufgefordert, die Behandlung des Sonderbetriebsplanes auszusetzen.

BUND-Landesgeschäftsführer Axel Kruschat erklärt als Mitglied im Erkundungsbeirat: „Im Koalitionsvertrag der rot-roten Regierung heißt es, dass die Sicherheit der Bevölkerung oberste Priorität haben muss. Eine Beeinträchtigung der Natur sowie der Nutzung von Grundstücken soll ausgeschlossen werden. Daher ist der Beschluss, die Betriebspläne auszusetzen, eine richtige Entscheidung.“

Für Rückfragen: Axel Kruschat, BUND-Landesgeschäftsführer, Tel. 0331-237 00 141